

HUNSRÜCKER OSTERMARSCH: DEMONSTRATIONSABLAUF

12 UHR TREFFPUNKT IN KASTELLAUN AM BAHNHOF

19.4.1987

Ostermarsch über Spesenroth, Hasselbach,
Cruise-Missile-Stellung zum Beller Marktplatz

GRENDERICH
10 Uhr Auftakt-
veranstaltung
an der US-
Patriotstellung

AM FRIEDENSKREUZ

vor der Cruise Missiles-Station
findet in der Osternacht wieder ein ökum.
Friedens-Hoffnungs-Auferstehungs-
Gottesdienst

am 18. April 1987, um 22.00 Uhr, statt.

Evangelische Kirchengemeinde Bell
— Bitte Kerzen mitbringen —

LAUTZENHAUSEN
10 Uhr Auftakt-
veranstaltung
am Haupttor zum
Flugplatz Hahn

DICHTELBACH
10 Uhr Auftakt-
veranstaltung
an der US-
Patriotstellung

AB 15 UHR KUNDGEBUNG

im Zelt auf dem Beller Marktplatz.

Es sprechen:

- Jörg Schulz-Trieglaff,
Bundeswehrsoldat vom Darmstädter Signal
 - Dr. Peter Mix, Gemeinderat aus Leidenack
 - Dieter Berg, Hunsrücker Landjugend
 - Wolfgang Bartels, Journalist aus Trier
 - Helene Michel, Ökumenischer Arbeitskreis
für Gerechtigkeit und Frieden, Simmern
- Musik von der Bopparder Gruppe "MARIE"
Moderation: Pfarrer August Dahl

AB 19.00 UHR FRIEDENSFEST

mit viel Musik und Unterhaltung.

Friedens - Informationen

Nr. 23 April 1987

Preis 50 Pfennig
Herausgegeben von der

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel



PROZESS GEGEN BLOCKIERER IN HUNSRÜCKHALLE



DER ERSTE BLOCKADE-PROZESS IM HUNSRÜCK

Am Mittwoch, dem 8.4.87 fand die erste öffentliche Verhandlung gegen vier der insgesamt 159 festgenommenen Teilnehmer der November-Blockade der Cruise-Missiles-Baustelle bei Hasselbach statt. Auf der "Anklagebank" saßen Klaus Matthes und Phillipp Neßling (beide ev. Pfarrer aus Essen), Marlies Bauer-Karl (Sozialpädagogin aus Klosterkumbd) und August Dahl (ev. Pfarrer aus Bell). Sie wurden der "gemeinschaftlichen Nötigung" beschuldigt und hatten zuvor von der Bad Kreuznacher Staatsanwaltschaft Strafbefehle über jeweils 30 Tagessätze zu 60, 70 und 80 DM erhalten.

Weil alle vier (wie übrigens fast alle Blockierer und Blockiererinnen) gegen diesen Strafbefehl Widerspruch einlegten, kam es zur öffentlichen Verhandlung vor dem Simmerner Amtsgericht. Unsere Befürchtung bzw. Hoffnung, daß der große Sitzungssaal des Amtsgerichts mit nur 70 Sitzplätzen viel zu klein sein würde für den Andrang der Interessierten, hat sich schon eine halbe Stunde vor Prozessbeginn bestätigt. Die ZuhörerInnen saßen auf dem Fußboden bis fast zum Richterstuhl und auf dem Flur standen immer noch welche, die hinein wollten. Daraufhin wurde die Verhandlung kurzerhand in die Hunsrückhalle verlegt. Auch dort dauerte es dann nicht mehr lange, bis der letzte Platz besetzt war.

Als Amtsrichter Göttgen den Saal betrat, stimmten die Zuhörer(innen) ein in den Kanon "Herr gib uns Deinen Frieden". Nach dem üblichen formalen Kram (Personalienfeststellung, Einkommen, usw.) und der Beweisaufnahme (Vernehmung zweier Zeugen - ein Polizeibeamter der Einsatzleitung und der Gruppenführer der "Räumtruppe", Anhörung und Befragung der Angeklagten zur Sache) kam das Plädoyer des Staatsanwaltes (Oberstaatsanwalt Halfmann aus Bad Kreuznach). Wir dachten stellenweise, unseren Ohren nicht zu trauen, denn die Anklage war in erster Linie eine einzige Rechtfertigung und Selbstverteidigung des Staatsanwaltes. Für mich kam hier ganz klar zum Ausdruck, daß der Staatsanwalt mir dieser Situation total überfordert war. Er beklagte die Rechtsunsicherheit und daß der Gesetzgeber hier keine eindeutigen Richtlinien vorgibt. Die Rede von Herrn Halfmann war frei und ohne Konzept. So kam es, daß er sich immer wieder zu ganz persönlichen Auslassungen hinreißen ließ. Er schätzte die "Angeklagten" als "ehrbare Bürger" und deren Motivation. Wer ist schon für diesen Rüstungswahnsinn? Im Grunde wisse jeder spätestens seit dem Vorfall - man könne es auch Verbrechen nennen - von Tschernobyl, was dies alles bedeute. Aber er denke nicht - und da sprach er in erster Linie August Dahl an - daß die Angeklagten sich auf dem richtigen Weg befänden. Er glaube nicht, daß derartige Aktionen irgendwas bewirken könnten. Er als praktizierender Katholik hätte sich den "Kinderglauben an die Kraft des Gebets" bewahrt. Ja, er habe "mehr Vertrauen ins Gebet als an die da oben, die die Macht haben", die sich also eh nicht zum Umdenken bewegen lassen.

Man könnte noch vieles sagen zu den Ausführungen des Staatsanwaltes, aber es ist nicht so einfach. Sie waren sehr bewegt und oft widersprüchlich. So kam es dann auch zu der - für mich jedenfalls - völlig unlogischen Begründung der Anklage, die den Angeklagten das Nahziel, die Kraftfahrer am Weiterfahren behindern zu wollen unterstellte und das Fernziel, von dem vorher so lange die Rede war, ganz außen vorließ. Zu den 30 Tagessätzen kam es, weil die Kreuznacher Staatsanwaltschaft halt eben schon immer 30 Tagessätze bei Nötigung gegeben hat (das liegt übrigens um das sechsfache über der sog. Mindeststrafe).

Seltsam berührt und immer noch kopfschüttelnd gingen wir in die Mittagspause. Der Sauerstoff in dem großen Saal, in den durch riesige Glaswände die Sonne schien, war mittlerweile ziemlich knapp geworden.

Nach einer Stunde dann die Plädoyers der drei Verteidiger: Prof. Grünwald, Frau Steinmann und Dr. Wiesner. Prof. Grünwald hat sich sehr lange über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgelassen. Fast schon eine staatsrechtliche Vorleseung. Für viele von uns etwas trocken, aber für diejenigen, die sich auf diesem Gebiet ein wenig auskennen sehr beeindruckend. Für mich ist dabei klar geworden, daß es darum ging, einen Weg aufzuzeigen, der einen Freispruch für Blockierer formal juristisch nicht nur möglich, sondern sogar notwendig macht.



Frau Steinmann zeigte auf, wie willkürlich gerade von Gerichten der Begriff Gewalt angewendet wird. Ein Gericht entschied zum Beispiel, daß es sich bei folgendem Fall nicht um Gewaltanwendung bzw. Nötigung gehandelt hat: Ein Mann fuhr mit seinem Wagen und einer Beifahrerin in einen Wald und stellte sein Fahrzeug so ab, daß die Frau nicht mehr aussteigen konnte, um sie dann sexuell zu belästigen. Also keine Gewalt! Ähnliche Beurteilungen kämen bei sogenannten Sexualdelikten immer wieder vor, seien sogar fast die Regel.

Dr. Wiesner stellte in seinem Plädoyer den moralisch ethischen Aspekt in den Mittelpunkt. Seine Rede war sehr eindrucksvoll. Er schloß mit einem Gebet, in dem er um Kraft für den Richter bat, der jetzt hier das Urteil zu sprechen habe.

Anschließend die vier Angeklagten, von denen August Dahl als einziger nicht durch einen Anwalt vertreten war. Sie gaben alle persönliche Erklärungen über ihre Motivation ab, die uns sehr stark in ihren Bann gezogen haben. Es ist mir nicht möglich, hier eine Kurzfassung der Erklärungen zu geben. Wir wollen sie demnächst in einer ausführlichen Dokumentation abdrucken.

Nach zweieinhalb Stunden, während denen sieben Leute redeten, die alle sieben etwas zu sagen hatten, zog sich das hohe Gericht für eine halbe Stunde zur Beratung und Urteilsfindung zurück.

Eine halbe Stunde, dachte ich, wie kann man in einer halben Stunde diesen zweieinhalb Stunden vorher gerecht werden?

Dann kam das Urteil: Die vier Angeklagten werden der gemeinschaftlichen Nötigung für schuldig befunden und zu Geldstrafen in Höhe von jeweils 30 Tagessätzen zu 50, 60 und 70 DM (jeweils 10,- DM niedriger als im Antrag des Staatsanwalts) verurteilt. Die Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu übernehmen!

Obwohl ich vorher (vor dem Prozeß) eigentlich nichts anderes erwartet hatte, blieb mir jetzt doch fast die Luft weg. Für uns alle war das einfach unbegreiflich. Unbegreiflich nach dem Verlauf der Verhandlung und vor allem nach den Plädoyers der Verteidiger und den Erklärungen der Angeklagten. Entsprechend jämmerlich war dann auch die Urteilsbegründung. Vorher gab der Richter jedoch noch eine persönliche Erklärung ab. Er sprach von Martin Luther King, wie sehr er von diesem Mann beeindruckt war und wie sehr ihn seine Ermordung mitgenommen und schockiert habe. Er sei davon überzeugt, daß dieser Mann, würde er heute und hier leben, auf der Seite der Blockierer stehen würde, ja vielleicht sogar an solchen Aktionen teilnehmen würde. Und trotzdem könne er als Richter nicht anders, als auch diesen Mann, würde er mit auf der Anklagebank sitzen, zu verurteilen.

Dann die Begründung: Die Tatsache, daß die Kraftfahrer, gehindert worden seien, in das Stationierungsgelände hineinzufahren, also gehindert worden seien, das zu tun, was ihr freier Wille war (war es das wirklich?), würde einen solchen Druck ausüben, der psychisch unmittelbarer Gewaltanwendung gleichkäme.

- An dieser Stelle kam der Punkt, wo ich persönlich es psychisch und physisch nicht mehr ausgehalten habe. Ich bekam keine Luft mehr, mir wurde schwindlig. Ich konnte und wollte die Tränen nicht mehr zurück halten. Ich mußte raus, habe beim Hinausgehen noch die Türe geknallt. Ich wollte nur noch nach Hause und alleine sein. Einige sind noch unmittelbar nach mir gekommen, einige waren vorher schon hinausgegangen. Die meisten hielten es bis zum Schluß aus.

Zur weiteren Urteilsbegründung: Bei der Beurteilung kann das Fernziel, nämlich die Abschaffung aller Atomwaffen, nicht berücksichtigt werden, da es von allen Mitbürgern geteilt würde, es aber verschiedene Vorstellungen über die Wege zur Erreichung dieses Zieles gäbe. Er als Richter müsse in der Beurteilung da völlig neutral sein und könne daher nur das Nahziel, nämlich die Kraftfahrer an der Weiterfahrt zu hindern, berücksichtigen. Aus der oben angegebenen Begründung sei hier der Tatbestand der Nötigung gegeben. Wie jetzt die "in höchstem Maße sittliche Verwerflichkeit" begründet wurde, ist mir nicht klar. Dazu gab es keine Erläuterung.

Nach dem Richterspruch sangen die Anwesenden das Lied "We Shall overcome".

Gleich anschließend wurden für das Solidaritäts- und Prozeßhilfekonto über 500 DM gesammelt. Mit dem Urteil des Simmerner Amtsgericht werden sich in Zukunft übrigens die höheren Instanzen zu beschäftigen haben.

Alles in allem: **EIN GROSSER TAG !**

Zurückgeblieben ist trotz der Erschöpfung und inneren Erschütterung nicht Resignation (ich glaube nicht, daß auch nur eine Einzige oder ein Einziger durch das Urteil abgeschreckt wurde), sondern einmal mehr die Gewißheit, auf dem richtigen Weg zu sein. Das eigentliche Recht war vor dem Richterspruch längst gesprochen. Deshalb werde ich auch beim nächsten mal - am 28. und 29. Mai - wieder mit dabei sein - und sitzen bleiben!

Heidrun Zimmer

SPENDEN FÜR PROZESSHILFE SIND MÖGLICH UND ERWUNSCHT auf das Solidaritätskto. der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel Volksbank Kirchberg, BLZ 560 614 72. Kontonr. 301 088 761 Stichwort "Blockade"

Nie wieder
will ich
nichts dagegen getan haben

Sie blockieren
schon wieder eine Chance

Abrüstung
kommt von unten
sich wehren macht
lebendig

Kommt nach Hasselbach!

Die Cruise-Missiles-Basis schließen!

Jetzt gemeinsam die Raketen blockieren!

1979 hat die NATO beschlossen, unser Land mit Pershing II und Cruise Missiles aufzurüsten. Über Jahre hinweg kämpft die Friedensbewegung gegen die Aufstellung dieser Raketen. Die Mehrheit der Bevölkerung steht zu einem klaren Nein gegen Pershing und Cruise!

Die NATO hat von Anfang an die Öffentlichkeit getäuscht: In Genf wurden Scheinverhandlungen geführt. Ein Verzicht auf die Stationierung war niemals ernsthaft beabsichtigt. Die sogenannte Null-Lösung war für sie immer nur eine Propagandaformel.

Völlig unerwartet hat die Sowjetunion eine zentrale Forderung der Friedensbewegung aufgegriffen: Die Stationierungsdynamik zu durchbrechen und durch eine Abrüstungsdynamik auf politischer Ebene zu ersetzen. Die NATO und die Bundesregierung waren und sind dazu nicht bereit. Obwohl sie den Vorschlag offiziell begrüßt haben, suchen sie nach Vorwänden und Vorbehalten, um die Abrüstung der Atomraketen zu verhindern.

Eine glaubwürdige Antwort auf das sowjetische Angebot, jetzt alle Atomraketen größerer Reichweite abzubauen und die neuen Kurzstreckenraketen in der DDR und CSSR abziehen muß darin bestehen, daß die Tore der Raketenbasen sofort geschlossen werden:

Ein Bau- und Stationierungsstop wird verfügt. Alle Raketenmanöver werden untersagt. Der Bundestag beschließt den sofortigen Abzug der Raketen. Damit würden Fakten geschaffen, die es keiner Seite gestatten, aus dem jetzt vorliegenden Verhandlungspaket auszusteigen.

Der erste Schritt für ein atomwaffenfreies Europa ist die ersatzlose und überprüfbare Verschrottung aller Mittelstreckenwaffen. Dazu gehört die Beseitigung der damit verbundenen Infrastruktur. Die stationierten Raketen dürfen nicht zu Kurzstreckenraketen umgerüstet oder anderer Verwendung zugeführt werden.

Für uns gilt weiterhin:

Ohne massiven öffentlichen Druck wird es niemals einen Einstieg in die Abrüstung geben. Darum schließen wir selbst am 28. Mai (Christi Himmelfahrt) und am 29. Mai 1987 die Todesbasis von Hasselbach!

Wir rufen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf:

- * Kommt am 28. und 29. Mai 1987 nach Hasselbach!
- * Bereitet die Blockade in Bezugsgruppen an Eurem Ort vor und setzt Euch für eine große Beteiligung an der Aktion ein!
- * Unterstützt die von Strafverfolgung bedrohten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Blockadeaktion vom letzten November!

Machen wir aus der Todesbasis einen Friedensacker!

Aufruf

KOMMENTAR ZUM BLOCKADEPROZEß

Die Welt vereinfacht sich und verliert ihre tragischen und komplizierten Dimensionen, wenn sie durch die juristische Brille gesehen wird: Bauarbeiter hätten etwas tun müssen, was sie nicht wollten. Die Blockierer hätten sie dazu genötigt. Deshalb gehören sie bestraft. So die Urteilsbegründung.

Dazu einige Fragen: Werden Arbeiter nicht schon genötigt, in der Rüstung oder bei Rüstungsaufträgen ihr tägliches Brot zu verdienen? Würden sie nicht viel lieber an anderen Projekten arbeiten? Ist die Angst, die diese Arbeiter in solche Tätigkeiten (Arbeit an einer Atomwaffenbasis) treibt, nicht die gleiche, die alle Beteiligten an dem Prozeß kennen und der sie im unterschiedlichen Maß Rechnung tragen?

Der Arbeiter hat Angst seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Auch der Richter unterliegt einem Bedingungsgefüge, dem er bewußt oder unbewußt auch aus Angst Rechnung trägt: Er steht am Anfang seiner Laufbahn, wer entscheidet über seine Beförderung? Welches Urteil fände die Wertschätzung der entsprechenden Herren? Haben sich die Polizisten ihren Arbeitsplatz so vorgestellt? Tun sie das wirklich aus freiem Entschluß?

Es hat lange gedauert, bis sich die Verurteilten entschlossen hatten, angesichts der Todesmaschinerie ihre eigenen Ängste (berufliche Nachteile, Geldstrafe) hintenanzustellen und sich diesem Aufrüstungsautomatismus mit ihren Körpern zu widersetzen.

Der ängstliche Opportunismus ist das Schmieröl der Aufrüstungsmaschinerie. Tausende von Rädchen laufen nur in diesem Ölbad der Angst vor persönlichen Nachteilen. Richter Göttgens jämmerlich erscheinendes Urteil aber auch die Ausführungen des Staatsanwalts entsprechen der jämmerlichen Ängstlichkeit unseres alltäglichen Verhaltens, das wir mit klugen Argumenten zu rechtfertigen versuchen. Deshalb kann es nicht darum gehen, Richter und Staatsanwalt zu verurteilen, sondern in ihnen unserer eigenen Angst zu begegnen.

Die Verurteilten zeigen mir einen Weg, diese Angst lebensbejahend zu überwinden und nicht im ängstlichen Opportunismus zu verharren.

Benno Kisters, Manubach

FRIEDENSINITIATIVEN RHEIN-HUNSRÜCK-MOSEL

An die
Gemeinderäte und Bürgermeister
um die Cruise Missile Station Hasselbach

Bell, den 8. März 1987

Sehr geehrte Damen und Herren,

vier Monate nach der Hunsrücker Großdemonstration für Frieden und Abrüstung sind durch neue Vorschläge von Michail Gorbatschow die Genfer Abrüstungsverhandlungen mit neuen, sehr vielversprechenden Impulsen belebt worden.

Was würde ein Erfolg der Verhandlungen konkret für unsere Situation im Hunsrück bedeuten? Nach den uns bisher vorliegenden Informationen ist bei einer Einigung mit folgenden Konsequenzen zu rechnen:

1. Die Cruise Missiles aus Hasselbach (oder Hahn Air-Base) werden alle abgezogen.
2. Sowjetische Beobachter werden im Hunsrück den Abzug der Cruise Missiles überprüfen, auf der Gegenseite sind amerikanische Experten in der Sowjetunion, um Abzug und Verschrottung der SS-20 zu überwachen.
3. Fast 3000 amerikanische Militärangehörige werden den Hunsrück verlassen.

Eine Einigung ist möglich, war noch nie so greifbar nahe. Die Delegierten der Hunsrücker Friedensinitiativen haben aus diesem Grund folgenden Aufruf an die Stadträte von Kastellaun, Simmern, Kirchberg und Sohren verfaßt:

HOUSING BAU STOPPEN

Die Delegierten der Hunsrücker Friedensinitiativen fordern die Stadträte von Kastellaun, Simmern, Kirchberg und Sohren auf, alle Maßnahmen zum Bau von US-Housings sofort zu stoppen.

Mit einem öffentlich verkündeten Planungs- und Baustop können die Hunsrücker Kommunen ein weithin sichtbares Zeichen für den Willen nach Frieden und Abrüstung in Ost und West setzen.

Im jetzigen Stadium der Verhandlungen zum Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa muß ein möglicher Erfolg in die Tat umgesetzt werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Staatsbauämter anzuweisen alle Baumaßnahmen in der Hasselbacher Raketenstation zu stoppen.

Bitte setzen Sie sich im Interesse der Hunsrücker Bevölkerung für diese Forderungen ein. Wir werden uns weiterhin um konkrete Informationen bemühen. Dabei werden wir auch die Botschaften der USA und UdSSR um Auskünfte bitten.

Mit freundlichen Grüßen

GEPLANTE HOUSINGS FÜR CRUISE MISSILE EINHEIT

Das 38. Tactical Missile Wing, also die Cruise Missile Einheit in Hasselbach, besteht zur Zeit aus ca. 800 Soldaten(innen). Geplant ist eine Gesamtstärke von 1300 plus ca 1700 Familienangehörige. Für diese Einheit hat Minister Wörner Wohnbausiedlungen im Hunsrück angekündigt.





Waltrud Will-Feld
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, den 12.03.1987
Bundeshaus
Fernruf (0228) 163308

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

An die
Friedensinitiativen Rhein-Huns-
rück-Mosel
z.H. Herrn Reinhard Sczech
Hauptstr. 29

5449 Bell

Sehr geehrter Herr Sczech,

Sie hatten die Freundlichkeit, mir Ihren Aufruf an die Gemeinderäte und Bürgermeister um die Cruise-Missile-Station Hasselbach zuzusenden.

In Ihrem Aufruf zeigen Sie einige Folgen auf, die ein positiver Ausgang der Genfer Abrüstungsverhandlungen mit sich bringen könnte, und die für den Hunsrück - das möchte ich nicht bestreiten - mehr als positiv sind. Ich teile auch Ihre Auffassung, daß eine Einigung möglich erscheint und vielleicht noch niemals so greifbar nahe war wie im Augenblick.

Ich halte dies aber nicht für einen Grund, nunmehr alle Baumaßnahmen, die im Hunsrück zur Zeit an militärischen Anlagen durchgeführt werden, radikal zu stoppen. Zumeinen, und dies möchte ich ausdrücklich festhalten, muß zunächst einmal das Verhandlungsergebnis abgewartet werden, bevor konkrete Schritte unternommen werden. Schließlich wirft man ja auch nicht den Rettungsring in die See, bevor ein Schiff untergegangen ist, damit er dann nicht mehr an Bord ist, wenn die Katastrophe eintritt.

-2-

-2-

Ich glaube auch, daß solche Aufrufe, zu Planungs- und Baustopps nicht dazu geeignet sind, die zur Zeit positive Stimmung bei den Abrüstungsverhandlungen in die richtige Richtung zu unterstützen. Besonders ärgerlich hat mich Ihre Aussage gemacht, daß Sie auch den Bau der Housing für die US-Soldaten stoppen wollen. Selbst, wenn tatsächlich fast 3000 amerikansiche Militärangehörige den Hunsrück verlassen werden, so ist damit noch nicht gesagt, daß nicht auch noch ein Bedarf an Housings für US-Soldaten besteht. Soweit mir bisher die Auffassung der Friedensinitiative bekannt war, haben Sie immer die Meinung vertreten, daß Sie nichts gegen die einzelnen Amerikaner, wohl aber gegen ihre Hochrüstungspolitik haben. Wollen Sie nunmehr wirklich den im Hunsrück stationierten US-Soldaten die Möglichkeiten angemessener Unterbringung verweigern und sie damit fast schon zu Menschen 2. Klasse degradieren?

Ich möchte Ihnen in aller Deutlichkeit versichern - und ich gehe davon aus, daß Sie dies mir nach meinem unermüdlichen Einsatz für den Hunsrück auch glauben - daß ich mich weiter dafür einsetzen werde, daß die Abrüstung vorangetrieben wird und die Bevölkerung im Hunsrück über die Maßnahmen, die an den militärischen Anlagen getroffen werden, ausführlich informiert wird. Ich möchte aber gleichzeitig auch verhindern, daß positive Ansätze schon dadurch kaputtgemacht werden, daß im Vorfeld Forderungen an die deutsche Seite gestellt werden, die sie nicht erfüllen kann, da die Verhandlungen nicht zwischen der Bundesregierung und Amerika, sondern zwischen Amerika und der UdSSR geführt werden. Sie können allerdings sicher sein, daß sobald konkrete Informationen und Vereinbarungen auf dem Tisch liegen, ich mich dafür einsetzen werde, daß die entsprechenden Konsequenzen auf diesen Vereinbarungen gezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

W. Will-Feld, MdB

HASSELBACH: FÜR 250.000 DM ANTIGRAFFITI ANSTRICH

Zehn Tage vor dem Ostermarsch begann ein Malerbetrieb aus Emmelshausen im Auftrag des Staatsbauamtes die Hasselbacher Raketenmauer neu zu streichen. Den Militärs waren die vielen Bilder und Sprüche von der Großdemo im Oktober ein Dorn im Auge. Daher wurde diesmal nicht gespart.

Mit einer "Antigraffiti" Farbe (Icosit 6220) der Firma Lechler aus Stuttgart soll es den Friedensaktivisten unmöglich gemacht werden die Mauer wieder zu bemalen. Nach Auskunft der Firma kann jede Farbe mit Wasserdampf-Hochdruck abgesprüht werden. Verwendet wird eine zwei Komponenten Mischung. Von der Hauptkomponente, einem Epoxidharz, kostet der 10 kg Eimer 170,-DM. Der ganze Anstrich soll komplett etwa 250.000 DM kosten. Immerhin ist die Mauer 1.500 Meter lang und 3 Meter hoch.

Nachts soll die Mauer vorerst trotz "Antigraffiti" streng bewacht werden, denn die Farbe braucht 10 Tage zum vollständigen aushärten. Ob anschließend die olivgrüne Schönheit der Militärs erhalten bleibt ist noch fraglich. Zwar kann mit keiner herkömmlichen Farbe die Mauer haltbar bemalt werden, aber bisher haben die Chemiker und und alternativen Farbmischer noch gegen jedes Mittel ein Gegenmittel gefunden.

Die kurzfristige Moral von der Geschichte: Immerhin haben wir den Rüstungshaushalt etwas umgeschichtet, denn mit Antigraffiti Farbe kann man nicht schießen. Ich bin gespannt wie die Mauer nach dem Hunsrücker Ostermarsch aussehen wird.

Reinhard Sczech

Hunsrücker Wasser

Die US-Streitkräfte auf dem Flugplatz Hahn verbrauchen die Hälfte allen im Hunsrück geförderten Trinkwassers.

An heißen Tagen werden die riesigen oderirdschen Treibstofftanks mit Trinkwasser gefüllt — der Abfluß gelangt ölverschmutzt in die Kanalisation.

Wir zahlen übersteigende Wasserpreise mit.

AUCH DESHALB:

**Auf zum Hunsrücker Ostermarsch
für Frieden und Abrüstung weltweit.**



Friedensstammtisch

Montag, den 13. April 1987,
um 20.00 Uhr
im Schloßhotel Kastellaun.

JEDER IST EINGELADEN

"CHURCH AND PEACE" ABLEGER IM HUNSRÜCK

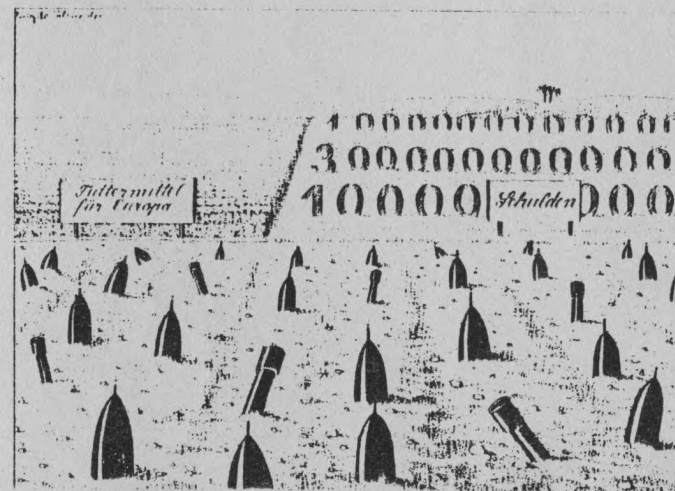
CHURCH AND PEACE ist der Zusammenschluß der traditionellen Friedenskirchen (Quäker, Mennoiten, Brüderkirche), aber auch anderer ökumenischer Gemeinschaften und Organisationen. Dem Gemeindebrief TURMSPIITZEN der ev. Kirchengemeinden Gödenroth, Bell/Leideneck und Horn-Laubach-Bubach entnehmen wir den folgenden Bericht:

Seit einem halben Jahr sind wir, Beate und Clemens Ronnefeldt, nun als Mitglieder von CHURCH AND PEACE hier im Hunsrück, nachdem wir durch die Vermittlung von Pfarrer Dahl in Krastel ein Haus mieten konnten.

Unser Ziel ist es, die Friedensarbeit vor Ort aus christlicher Sicht zu unterstützen und eine Anlaufstelle für Mitglieder vom "CHURCH AND PEACE Netz", aber auch für Mitglieder der Initiative "Ordensleute für den Frieden", der wir uns sehr verbunden fühlen, zu bilden.

Wir haben sowohl ein Gästezimmer, als auch einen Gebetsraum eingerichtet, welche nun gerne von Gästen aus verschiedenen Gemeinschaften und kirchlichen Friedensorganisationen aufgesucht werden. Manche bleiben nur kurz, andere zwei oder drei Wochen. Die meisten kommen in "Sachen Frieden", wobei zum Teil die Zeit des Hierseins mit Einkehrtagen verbunden wird oder aber auch Urlaub in ländlicher Gegend genossen wird.

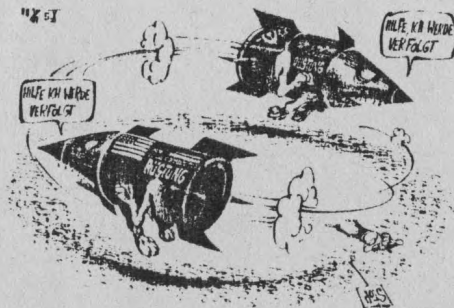
Im Sommer dieses Jahres wird eine dritte Person dazukommen: André Gingerich, der der Mennonitischen Friedenskirche angehört und aus den USA stammt, wird für eine Zeit zu uns ziehen, um hier einen Freiwilligen-Dienst im Auftrage seiner Kirche abzuleisten. Dabei wird er vor allem den Kontakt zu seinen amerikanischen Landsleuten suchen. Nachdem wir uns in Krastel sehr freundlich aufgenommen fühlen, freuen wir uns schon sehr auf den ersten Frühling, den wir hier erleben dürfen. Beate und Clemens Ronnefeldt



Zeichnung:
Brigitte Schnelder

INFOABEND IM MUSIKBAHNHOF THALFANG

Der Trierischer Volksfreund berichtete am 28. März 1987: THALFANG. Die Friedensinitiative hatte eine Informationsveranstaltung im "Musikbahnhof" Thalfang. Zum Thema "Aufrüstung und Widerstand im Hunsrück" referierten vor ca. 60 interessierten Zuhörern Wolfgang Bartels und Reinhard Sczech von der Hunsrück-Friedensinitiative. Nach detaillierten Informationen über im Hunsrück stationierte Marschflugkörper, Patriot Raketen, Mars-Raketenwerfersysteme sowie das Angriffskonzept der sogenannten "Air-Land-Battle" diskutierte man über die "tickende Zeitbombe" (TV vom 31. Januar) für die Trinkwasserversorgung der VG Thalfang. Auszüge aus diversen Gutachten machten den Anwesenden deutlich, daß die Aussage der Bezirksregierung Trier Bürgermeister Schmidt gegenüber, es gebe keine konkrete Gefahr für die Trinkwasserversorgung der VG Thalfang durch "Umweltdelikte" im Bereich der militärischen Anlagen Erbeskopf, wohl eine Verniedlichung der Gefahr zur Beruhigung von Kommunalpolitikern und Bürgern der VG darstellt. Das Fazit: "Die Friedensinitiative Thalfang wird dieses Problem weiter im Auge behalten." D.G.



LAUTZENHAUSEN: ZEIT DES KUSCHENS IST VORBEI

Bisher hatte man im Lautzenhausener Gemeinderat meistens vor den Forderungen der US-Air-Force gekuschelt. Nun mußten die Militärs feststellen, daß diese Zeiten vorbei sind. Mit großer Dreistigkeit hatten sie die Umzäunung für ein neues Army-Einkaufszentrum einfach auf Gemeindeland gesetzt. Nachdem vom Gemeinderat mehrfach erfolglos dagegen protestiert wurde, platze ihm der Kragen. Der Flugplatzkommandatur wurde mitgeteilt, man werde eine Firma mit den Abrißarbeiten beauftragen und die Kosten einklagen. Siehe da - nun wurde schnellste Versetzung des Zaunes zugesagt. R.S.

"COUNT DOWN IN HASSELBACH" URAUFFÜHRUNG IM HUNSRÜCK

"COUNT DOWN IN HASSELBACH" heißt das neueste Stück der BERLINER KOMPANIE. Die Uraufführung soll am 3. Juli 1987 im Hunsrück, voraussichtlich im Kastellauner Tivoli sein. Die Berliner Kompanie ist eine professionelle Theatergruppe, die vielen Hunsrückern mit dem Stück die "CUBA KRISE" im letzten Jahr in Kirchberg eine grandiose Vorstellung ihres Könnens gegeben hat.

"COUNT DOWN IN HASSELBACH" ist eine Komödie die in Hasselbach spielt. Sie erzählt die Geschichte von Peter Hagelstein, dem Erfinder des "atomar gepumpten Röntgen-Lasers", der auf einer Europa-Reise in Hasselbach Station macht. Spät in der Nacht schreibt er einen Brief an seine ehemalige Freundin, die Ingenieurin Josephine Stein.

Bitte ausschneiden und absenden an:

Büro für Friedensarbeit, Bopparder Str. 25
5448 Kastellaun (Telefon: 06762-6075)

BESTELLSCHEIN

- ☐ Hiermit abonniere ich die monatlich erscheinenden Friedensinfos.
10,-DM für die nächsten 10 Nummern
☐ liegen bei
☐ überweise ich auf das Spendenkonto
- ☐ Hiermit abonniere ich die Zeitschrift HUNSRÜCK-FORUM gegen Rechnung.

Name
Straße
Ort (....)
Telefon



Zeichnung:
SZ/Tomaschhoff

V.i.S.d.P.: Heidrun ZIMMER, Reinhard SCZECH